



Presseinformation

Kulturausverkauf vom Tisch?

Landtagspräsident Straub und Ministerpräsident Oettinger versprechen Lösung ohne Verkauf / Abgeordnete und Landesvereinigung zu Besuch in Salem

Karlsruhe/Salem, 21.4.07 (hom). Für die Sanierung der Klosteranlage im südbadischen Salem (Bodenseekreis) wird offenbar eine Lösung gefunden, bei der es nicht notwendig sein wird, andere Kulturgüter zu veräußern. So jedenfalls äußerten sich übereinstimmend Landtagspräsident Peter Straub und Ministerpräsident Günther H. Oettinger. Straub hat am Samstag mit einer Delegation von Abgeordneten aller Fraktionen das 1134 gegründete Zisterzienserkloster besucht, das seit der Säkularisation Eigentum und nach der Gründung der Republik 1918 Wohnsitz des Adelshauses derer von Baden ist. Zur gleichen Zeit hielt sich auch eine größere Besuchergruppe aus der Landesvereinigung Baden in Europa e. V. in Salem auf. Als sich die beiden Gruppen und Prinz Bernhard von Baden an der Pforte des Salemer Münsters trafen, versicherte Straub, dass für die Sanierung der Anlage gesorgt werden müsse, ohne dafür andere Kulturgüter angreifen zu müssen. „Sie dürfen nicht in fremde Hände gelangen. Das Parlament wird einen Weg finden“, versicherte Straub

Ähnlich äußerte sich Ministerpräsident Oettinger dieser Tage, als er sich mit dem Vorstand der Landesvereinigung traf, um beide interessierende Themen zu erörtern. Der Ministerpräsident plädierte dafür, auf das Ergebnis der Expertengruppe zu warten, die bis zum Herbst feststellen soll, welche Kulturgüter dem Land Baden-Württemberg und welche dem Haus Baden gehörten. Dann solle sein Drei-

Säulen-Modell zum Tragen kommen, mit dem unter anderem Gelder durch eine Stiftung sowie von Sponsoren und Spendern für die Sanierung des Klosters aufgebracht werden sollen. Fas Haus Baden ist bekanntlich bereit, das Kloster Salem in die Stiftung einzubringen.

Nach Oettingers Angaben sei es dringend notwendig, für die Finanzierung zu sorgen, weil das Haus Baden spätestens im kommenden Frühjahr insolvent sei. Es drohe die Überschuldung. Wenn aber eine Lösung gefunden werde, dann bedeute dies einen Zeitgewinn. Denn er zeigte sich zuversichtlich, dass die Banken mitspielen würden, sobald ein gangbarer Weg gefunden sei. Der Ministerpräsident schilderte, wie beeindruckt er bei seinem ersten Besuch von der „unglaublichen Anlage“ gewesen sei. Die Landtagsabgeordneten und Besucher aus der Landesvereinigung bestätigten am Samstag diese Wahrnehmungen.

Auch Prinz Bernhard deutete an, dass die schätzenswerte Kulturanlage in nicht allzu ferner Zukunft zerschlagen werde, wenn nicht bald die nötigen Gelder aufgebracht würden. Er rechnete vor, dass seine Familie alleine in den letzten beiden Jahrzehnten rund 30 Millionen Euro aus eigener Tasche aufgebracht hätte, um das immer öffentlich zugängliche und unter anderem von beiden christlichen Kirchen, der Schlossschule Salem, dem Bodenseekreis und privaten Unternehmen genutzte Kloster zu unterhalten. Der laufende Betrieb könne mit den dort erwirt-

schafteten Erträgen ökonomisch gehalten werden. Dringende Sanierungen aber könnten aus dem Forst- und Weinbaubetrieb des Hauses Baden nicht mehr erbracht werden. Er appellierte an das Land, seiner Verantwortung für diese Anlage gerecht zu werden, die flächenmäßig doppelt so groß sei wie das Schloss Ludwigsburg und nur unwesentlich kleiner als das Schloss in Mannheim, die beide mit Millionenaufwand auf Vordermann gebracht worden seien.

Übereinstimmend meinten Günther Oettinger, Peter Straub wie der Vorsitzende der Landesvereinigung, Robert Mürb, und die Mitglieder seiner Besuchergruppe, dass es nicht Aufgabe einer Familie sein könne, ein solche wertvolles Kulturerbe aus eigenen Mitteln zu erhalten. Mürb nannte Salem in einem Atemzug mit dem UNESCO-Weltkulturerbe Maulbronn und erinnerte das Land Baden-Württemberg wiederholt an seine Verantwortung. Prinz Bernhard lehnte jedoch kategorisch ab, eventuell auf eine Refinanzierung der 30 Millionen zu verzichten, wenn dieses

Ergebnis der Verhandlungen mit dem Land Baden-Württemberg sein sollte: „Wir haben dieses Geld nicht und mussten es uns über unsere Möglichkeiten hinaus bei Banken leihen. Ein solcher Vorschlag ist gleichbedeutend mit dem Ende der Verhandlungen und dem öffentlich zugänglichen Kloster und Schloss Salem“, fügte Bernhard hinzu. „Die 30 Millionen waren ein Vorschuss unsererseits, um eigentlich öffentliche Aufgaben zu finanzieren.“

Auch der Gemeinderat der Gemeinde Salem forderte in einer einstimmig gefassten Resolution, das kulturhistorische Erbe Salem dürfe nicht Opfer eines politischen Streits werden. Bürgermeister Manfred Härle übereichte Peter Straub die Urschrift dieses Beschlusses.

Auf den Einwand aus der Landesvereinigung, damit sei aber nichts zu den anderen in Frage stehenden Kulturgütern gesagt, beschwichtigte Prinz Bernhard und versicherte abermals, er wolle eine einvernehmliche Lösung finden.



ERHALTENSWERT: Das Kloster Salem soll nicht gegen andere Kulturgüter ausgespielt werden. Sowohl Ministerpräsident Günther H. Oettinger als auch der Landtag wollen dafür sorgen, dass die Sanierung des Klosters im Bodenseekreis anders finanziert wird.



EINIG IN DEN ZIELEN: Robert Mürb, Vorsitzender der Landesvereinigung Baden in Europa, Prinz Bernhard, der SPD-Landtagsabgeordnete Johannes Stober und Landtagspräsident Peter Straub (CDU) wollen Salem wie die anderen Kulturgüter erhalten und versprochen, eine Lösung zu finden. Fotos: Homberg